

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christlich-Deutscher)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 56.

Berlin, Sonnabend, 12. Juli 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

10. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe. — 14. Verbandstag der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfischiffahrts-Unterbeamten und Arbeiter. — Zweige der gewerkschaftlichen Bewegung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Anzeigen.

10. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe.

(Schluß)

Am Montag nahm die Generalversammlung zunächst den Bericht über die Kassen des Gewerksvereins entgegen. Denselben erstattete der Hauptkassierer, Kollege Schröder. An Arbeitslosenunterstützung sind in der Berichtsperiode gezahlt worden 7479,75 Mk. für Streif- und Ausperrungsunterstützung 4800 Mk. Für weitere Unterstützungszwecke sind 1860,75 Mk. verausgabt worden. Trotz dieser ansehnlichen Leistungen konnte die Summe von 6943,93 Mk. neu angelegt werden, so daß sich das Gesamtvermögen des Gewerksvereins auf 40591,47 Mk. beläuft. Auf Antrag der Generalrevisoren wurde dem Hauptkassierer unter dem Ausdruck des Dankes Entlastung erteilt.

Die Beratung der eingegangenen Anträge zum Statut und den dazu gehörenden Reglements nahm längere Zeit in Anspruch. Eine Erweiterung des Namens des Gewerksvereins wurde abgelehnt. Verwandte Berufszweige, wie Porzellanarbeiter usw., können im Gewerksverein auch ohne Veränderung des Gewerksvereinstitels Aufnahme finden. Die Abgeordneten verpflichteten sich, in diesem Sinne zu wirken. Bei einer kurzen Erörterung der Frage der Agitation wurde auf den Terrorismus der Gegner und auf die Kampfweise der nationalen Arbeitervereine hingewiesen. Diese kämpften ausschließlich gegen die Sozialdemokratie; in einzelnen Gegenden richteten sie indessen ihre schärfsten Angriffe gegen die Gewerksvereine.

Die Beitragsfrage rief eine lebhafte Aussprache hervor. Von verschiedenen Seiten wurde die Notwendigkeit einer größeren Opferwilligkeit energisch betont. Trotzdem konnte sich die Mehrheit zu einer allgemeinen Beitragserhöhung nicht entschließen. Die Staffelleistungen sollen beibehalten und in die niedrigste Beitragsstufe Mitglieder nicht mehr aufgenommen werden. Durch eine Entschliebung wurden die Vorstände verpflichtet, die Mitglieder zu größerer Opferwilligkeit zu erziehen und sie zum Eintritt in die höheren Beitragsstufen anzubringen. Anträge, die eine Verringerung der Zahl der Abgeordneten und eine fünfjährige statt dreijährige Legislaturperiode für die Generalversammlung herbeiführen wollten, wurden abgelehnt.

Um den kleineren Ortsvereinen eine etwas größere Bewegungsfreiheit zu geben, wurden für die Ortsvereine bis zu 50 Mitgliedern die Verwaltungsprozentante auf 25 Prozent, für solche bis zu 100 Mitgliedern auf 20 Prozent erhöht, während für die größeren Ortsvereine 15 Proz. der Einnahmen als Verwaltungskosten festgesetzt wurden.

Die Wünsche der Mitglieder nach Erhöhung der Unterstützungssätze konnten im wesentlichen nicht erfüllt werden, da die Beitragserhöhung gegen eine ziemlich große Minorität abgelehnt wurde. Im Streifreglement konnten jedoch die Unterstützungssätze, die nach einjähriger Mitgliedschaft gewährt werden, in der 25 und

40 Wfg.-Stufe von 9 bezw. 10,50 Mk. auf 10,20 bezw. 12,00 Mk. erhöht werden. Bei den Sätzen für die Arbeitslosenunterstützung wurde ein den tatsächlichen Beitragsätzen entsprechender Ausgleich beschlossen, der eine wesentliche Minderung jedoch nicht herbeiführt. Dem Generalrat wurde die Verfügung erteilt, den Mitgliedern, welche ständig die Arbeitslosenunterstützung alle Jahre in voller Höhe beziehen, Ertragsbeiträge zu erheben. Notstandsunterstützung kann durch den Generalrat bis zur Höhe von 10 Mk. nach 5jähriger Mitgliedschaft bewilligt werden, wenn Ortsvereinsvorstand und Versammlung dies befürworten.

Die Ercheinungsweise des Organs des Gewerksvereins „Der deutsche Töpfer“ soll beibehalten, Wünsche bezüglich des Inhalts sollen berücksichtigt werden. Die Bezirkstage sollen beibehalten und seitens des Generalrats mehr unterstützt werden.

Als Vortrat wurde wiederum Bitterfeld bestimmt. Einstimmig wiedergewählt wurde der Generalsekretär Kollege Lange und als Schatzmeister Kollege Schröder unter Bewilligung einer kleinen Erhöhung ihrer Bezüge. Kollege Müller, der langjährige Vorsitzende des Generalrats, wurde gleichfalls einstimmig wiedergewählt. Zum Verbandstagsabgeordneten wurde Kollege Lange, als sein Stellvertreter Kollege Schröder gewählt. Beide Kollegen werden auch als Vertreter im Zentralrat fungieren. Bei dieser Wahl sprach die Generalversammlung den Wunsch aus, daß der Gewerksverein auf den Sitzungen und Tagungen des Verbandes nach Möglichkeit immer vertreten sein soll. Als Bezirksleiter wählte die Generalversammlung die Kollegen Kaufsch-Waldburg, Sparmann-Brunn, Guder-Sprottau, Struchfa-Danzig, Frenzel-Dresden und Frank-Jawodzie.

Vor Eröffnung der Wahlen war die Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse eröffnet worden. Der erstattete Kassenbericht ergab eine Ausgabe für Krankengeld im Betrage von 53 220,41 Mk. für Sterbegeld 5330 Mk. Für Arznei, Honorar, Medikamente, Selbstfahren usw. wurden 9327,81 Mark ausgegeben. Das Gesamtvermögen der Kasse beträgt 74 990,68 Mk. Den Beamten wurde mit Dank Entlastung erteilt.

Die übrigen Arbeiten der Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse beschränkten sich im wesentlichen mit der Änderung der Satzungen und Anpassung derselben an die Bestimmungen der Reichs-Versicherungsordnung. Eine Veränderung der Beitragsätze und der Leistungen wurde nicht beschlossen. Das Eintrittsgeld wurde von 1 Mk. auf 50 Wfg. herabgesetzt. Für die niedrigen Beitragsstufen kommt die ärztliche Untersuchung für die Aufnahme in Wegfall. Ein Statutenentwurf, der die neuen gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigte, lag den Beratungen zurunde. Trotzdem gestalteten sich die Beratungen ziemlich schwierig, weil eine ganze Anzahl von Wünschen in den Anträgen zum Ausdruck kam, die mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen waren. So mußte auch u. a. die Abteilung 1 für Nichtversicherungspflichtige beibehalten werden, die bisher Medikamente, Arzt usw. gewährte. Die Wahlen für die Verwaltung erledigten sich glatt.

Den dreitägigen Verhandlungen hatte als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine zunächst Zentralratsvorsitzender, Kollege Sparmann, beigewohnt. Da er unerwartet wichtigen Verhandlungen in der Werftarbeiterbewegung beizuwohnen mußte,

übernahm an seiner Stelle Verbandssekretär Reustedt die Vertretung. Die Kollegen Köthner-Dreslau und Reppeler-Waldburg wohnten zeitweise den Verhandlungen gleichfalls bei. Für die Begrüßungsworte des Vorsitzenden dankten sie mit anfeuernden Worten und dem Versprechen, soweit wie möglich die Agitation für den Verein tatkräftig zu unterstützen.

Die Gesamtberatungen konnten soweit gefördert werden, daß am Dienstag Abend die Generalversammlung für geschlossen erklärt werden konnte. Der Vorsitzende der Generalversammlung, Kollege Rieger, wie auch der Vorsitzende des Generalrats, Kollege Müller, richteten warme Dankesworte an den Vertreter des Verbandes für die fleißige und aufmerksame Mitarbeit, an die Waldburger Kollegen für die bewiesene Kollegialität und Gastfreundschaft. Dem Vorsitzenden wurde gleichfalls herzlicher Dank gezollt für seine unparteiische und korrekte Geschäftsführung. Nach einer gütlichen Ansprache des Kollegen Reustedt und einem vom Vorsitzenden auf den Gewerksverein der Töpfer, Ziegler usw. und auf die Verbandsgemeinschaft ausgebrachten, begeistert aufgenommenen Hoch ging die Generalversammlung auseinander. Bei energischer Arbeit sämtlicher Organe des Vereins werden sicherlich die Arbeiten der Generalversammlung eine günstige Entwicklung desselben zeitigen. Aber nur bei energischer Arbeit!

—dt.

14. Verbandstag der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfischiffahrts-Unterbeamten und Arbeiter.

In der festlich geschmückten Stadt Aalen fand in den Tagen vom 5. bis 7. Juli die Generalversammlung statt. Es waren 110 Delegierte und 32 Vorstände erschienen. Die durch den Generalsekretär Roth eröffnete Versammlung handelte zunächst ein Ergebenheits-Telegramm an den König von Württemberg und weitere Telegramme an den Ministerpräsidenten v. Weizsäcker und an den Präsidenten der Verkehrsverwaltung v. Stieler, die im Laufe des Tages herzliche Erwiderung fanden. Die fortschrittliche Volkspartei war durch mehrere Abgeordnete vertreten, einige andere Fraktionen des württembergischen Landtages, darunter auch die nationalliberale und die sozialdemokratische, hatten Begrüßungstelegramme gesandt. Der sozialdemokratischen Fraktion ist bekannt, daß der Verbandstag dem Könige huldigt, nimmt daran aber keinen Anstoß. In Süddeutschland ist man eben duldsamer. Die Generaldirektion der Staatseisenbahn hatte den Bahnhofsinspektor Sparmann mit ihrer Vertretung beauftragt, der herzliche Worte der Begrüßung an die städtische Versammlung richtete, was im Namen der Stadt auch Herr Oberbürgermeister Schwarz tat. Für den Verband der Deutschen Gewerksvereine nahm Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt-Berlin an den Verhandlungen teil.

Beim Tätigkeitsbericht machte Generalsekretär Roth die Mitteilung, daß der Verband im letzten Jahre an 1100 neue Mitglieder gewonnen habe. Der Kampf der christlichen Gewerkschaften gegen den alten Verband und besonders gegen ihn persönlich sei fortgesetzt worden. Dieser habe zu 27 Prozessen geführt, die allerdings für Roth sämtlich günstig ausgingen, während die Christlichen unterlagen, ihre Verleumdungen zurücknehmen und die Kosten bezahlen mußten. Roth erklärte, er sei sich klar darüber geworden,

daß er der Gegenstand eines, wie es scheint, unauslöschlichen, fanatischen Hasses der Christlichen geworden sei, und darum halte er es für besser, von seinem Amte zurückzutreten und auch sein Landtagsmandat niederzulegen, damit der alte Verband — so wird die Vereinigung auch zum Unterschied von der neueren christlichen Organisation genannt — dem er während 14-jährigen Bestehens gedient, sich ohne jedes Hindernis kraftvoll weiter entwickeln könne. Höher als jein persönliches Interesse stehe ihm das Interesse des Verbandes.

Diese Erklärung rief viele Delegierte auf den Plan, die ihr schmerzliches Bedauern über den Rücktritt Roth's zum Ausdruck brachten und ihm aufrichtigen Dank aussprachen für sein erfolgreiches Eintreten zugunsten der Eisenbahner.

Die Geschäfts- und Kassenberichte lagen der Generalversammlung gedruckt vor. Eingenommen wurden 45 804,69 Mk., ausgegeben 44 767,15 Mk. Nach dem Berichte des Verbandsverwalters Pfister erstatteten die Kontrollure Zeh und Landau den Revisionsbericht und erklärten, daß sie die Geschäfts- und Kassenführung in sorgfältigster, genauester und tadelloser Ordnung gefunden hätten. Dem Vorstand wurde darauf einstimmig Entlastung erteilt.

Generalsekretär Roth referierte sodann über „die Wünsche der Eisenbahner und der Landtag“. Im Anschluß hieran wurde dem Redner für seine parlamentarische Arbeit der wohlverdiente Dank der Versammlung ausgesprochen.

Der Führer der Arbeiter im Verbands, Fink-Ullm, der ebenfalls Roth's Rücktritt lebhaft bedauerte, schlug den Landtagsabgeordneten Fischer als den künftigen Generalsekretär vor. Von einer sofortigen Wahl wurde indes Abstand genommen, da man den Umständlichkeiten doch Gelegenheit geben müsse, darüber vorher zu beraten. Herr Landtagsabgeordneter Fischer ist von Haus aus Arbeiter. Die erste öffentliche Tätigkeit entfaltete er mit gutem Erfolge für die evangelischen Arbeitervereine. Er wurde dann Landessekretär der Fortschrittlichen Volkspartei. Seine Wahl zum Generalsekretär des Verbandes ist wahrscheinlich, denn er hat sich durch seine parlamentarische und allgemeine öffentliche Tätigkeit viele Sympathien bei den Eisenbahnern erworben.

Vorstand Baumann I referierte sodann über das Koalitionsrecht der Staatsangestellten. Diese verzichteten auf das Recht der gemeinsamen Kündigung und des Streiks; es sei daher um so notwendiger, daß ihre Rechtsverhältnisse auf ein gesetzliches Fundament gestellt würden. Vorstand Bühner erörterte in eindringlicher Weise das Staatsarbeiterrecht. Der alte Verband habe bereits 1909 eine von Roth verfaßte Denkschrift über das Staatsarbeiterrecht der Regierung und dem Parlament vorlegen lassen. Die Verbandstage der Deutschen Gewerksvereine 1910 und 1913 hätten sich weiter damit befaßt, und auch die Generalversammlung müsse Stellung dazu nehmen, um ein wohlüberdachtes, einheitliches Recht für die Staatsarbeiter feinem Ziele näher zu bringen. Beide Vorträge fanden lebhaften Beifall und eine zunehmende Diskussion.

Am den nächsten Delegiertentag bewarben sich mehrere Gemeinden; gewählt wurde Mühlacker. Eine Wiederwahl in den Vorstand lehnten ab die Kollegen Dyp und Auferst, die sich sehr verdient gemacht haben um den Verband durch eine langjährige treue Mitarbeit. Auch ihnen wurde lebhafter Dank ausgesprochen. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Baumann I, Joller, Bod, v. Eisele, Fink, Bühner, Rieder und Kontrollure Zeh, Landau, Wiegand und Kometsch.

Am Sonntag Vormittag fand die Generalversammlung der Krankenkasse und am Nachmittag auf dem im Walde gelegenen Festplatz der 14. Eisenbahnerstag statt. Wohl an 3000 Eisenbahner waren aus allen Teilen Württembergs erschienen. Die Festrede hielt Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt, der mit weitbin schallender Stimme u. a. die Kämpfe unter den Württembergischen Eisenbahnern besprach, die von den Christlichen ausgegangen seien. Der alte Verband habe sich aber als unerfüllbar erwiesen. Roth verbiene den Dank der Eisenbahner, der ihm gern und in reichem Maße gewährt worden sei. Der schönste Dank bestehn im treuen Festhalten am alten Verbands. Dieser werde seine Aufgaben auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Rechtsverhältnisses erfüllen; aber alle Eisenbahner müßten mithelfen. Der Redner, der am Schluß eine Resolution vorschlug gegen eine anonyme

Broschüre, die eine Verschlechterung der Eisenbahn-Verhältnisse empfahl, fand einmütige Zustimmung und großen Beifall. Generalsekretär Roth sprach ein wirksames Abschiedswort.

Am Montag fand eine Besichtigung der Erzgruben und des königlichen Hüttenwerkes in Wasseralfingen statt. Am Abend verabchiedeten sich die Delegierten mit dem Gruß: „Auf Wiedersehen in Mühlacker!“

Zurwege der gewerkschaftlichen Bewegung.

In Frankreich bereiten sich auf gewerkschaftlichen Gebiete ernste Dinge vor. Die französische Regierung holt zu einem schweren Streik wider den Allgemeinen Arbeiterverband, das Zentralorgan der Gewerkschaften, aus. Wird der Anschlag der republikanischen Regierung gelingen, oder wird das Kabinett Barthou, das die erst so heiß umstrittene Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit mit einem glänzenden Vertrauensvotum der Kammer durchdrücken wird, jäh darüber stürzen? Wer vermag das im Augenblick mit Bestimmtheit zu sagen? Die Deputierten sind in Frankreich mehr als anderswo Augenblicksstimmungen unterworfen. Wenn heute auch, da sich alles um den Ausbau des Heeres dreht, sicherlich eine Kammermehrheit für die Anhebung der Gewerkschaften wegen ihrer antimilitaristischen Machenschaften vorhanden ist, so werden zahlreiche Abgeordnete die Sache vielleicht mit ganz andern Augen betrachten, wenn die Militärvorlage erst einmal unter Dach und Fach ist und alle Protekte des Arbeiterverbandes an dieser Tatsache nichts mehr ändern können. Anders aber, wenn er so töricht sein sollte, keine antimilitaristische Propaganda nun erst recht zu verstärken und, in die Kaniernen eindringend, die Soldaten, die zum Oktober nolens volens ihren dritten Jahrgang antreten müssen, plannmäßig zum Aufruhr und zur Desertion zu veranlassen. Wenn das geschieht — und man muß es nach den Anfindungen und Vorbereitungen des Arbeiterverbandes leider annehmen —, dann ist das Schicksal der Gewerkschaften besiegelt. Dann wird keine Kammermehrheit mehr sein. Denn hat Barthou ein leichtes Spiel. Dann werden den französischen Arbeiter-Organisationen Feßeln angelegt werden, die ihre Fortentwicklung schwer erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen. Denn dann hängt alles vom guten Willen der Regierung ab.

Prüfen wir die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung und unteruchen wir die neuen gesetzlichen Vorschläge, um zu einer klaren Uebersicht über die gegenwärtige Situation zu kommen und daraus unsere Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Die französischen Gewerkschaftsverhältnisse sind nur sehr bedingt mit den deutschen zu vergleichen. Während sich bei uns selbst die freien Gewerkschaften immer mehr von der sozialistischen Alles-oder-Nichts-Theorie losmachen und durch Tarifverträge, Unterhaltungskassen aller Art, Rechtschutz u. a. m. dem Beispiele der Deutschen Gewerksvereine folgend, sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen, ist die gewerkschaftliche Entwicklung in Frankreich gerade den entgegengesetzten Weg gegangen, den Weg etwa, den die sozialistischen Gewerkschaftsplitter, also die Anarcho-sozialisten, in Deutschland seit Jahr und Tag eingeschlagen haben in der — Theorie. Die meisten französischen organisierten Arbeiter sind „Syndikalisten“, das heißt, sie lehnen jede parlamentarische Betätigung ab. Damit haben sie zwischen sich und den Sozialisten das Nichts zerhackt. Die „direkte Aktion“ gilt den Syndikalisten alles, der Generalstreik und die Sabotage, die Beschädigung der Werkzeuge und Arbeitsstätte als Kampfmittel. Ihr Programm ist also auf einen durchaus revolutionären Ton gestimmt.

Haben die Erfolge dieser Methode ihnen bisher recht gegeben? Nein! Alle Generalstreiks sind kläglich gescheitert. Das haben die Eisenbahner ganz besonders fühlen müssen. Ihr Generalaufruf war, daß ihre Organisation stark zusammenbröckelte, während die katholischen Eisenbahner-Verbands ihre Mitgliederzahl reich vermehren konnten. Und die Beschädigung der Arbeitsmittel? Selbst der sozialistische Deputierte Charles Dumas muß in einer Studie darüber zugeben, daß alle diese Gewalttätigkeiten bloß den einen Erfolg gehabt hätten, die noch zaghaften, zu weitgehendem Kampfe wenig geeigneten breiten Massen der Arbeiterkraft von den Gewerkschaften fernzuhalten. Sie hätten ferner allen rücksichtlichen Parteien die gewünschte Handhabe ge-

boten, im Volke eine Stimmung des Mißtrauens und der Unlust gegenüber dem Allgemeinen Arbeiterverband zu erwecken. Ein Streik aber habe wenig Aussicht auf Erfolg, wenn ihm nicht eine, wenn schon nicht wohlwollende, so doch neutrale Meinung des großen Publikums zur Seite stehe. Die Uebertreibungen des gewerkschaftlichen Kampfes hätten der Arbeiterbewegung alle diese Sympathien verdirbt.

Die neueste Phase dieser reagierenden Kampfmethode der Syndikate ist die antimilitaristische Propaganda. Damit haben sie das rein gewerkschaftliche Gebiet verlassen und durch diesen Radikalismus sich selbst der Regierung ans Messer geliefert. Jahrelang hat die Regierung dem Treiben der Herde und Genossen zusehend und nur die antimilitaristischen Führer dann und wann mit Gefängnisstrafen bedacht. Jetzt aber ist sie aufs Ganze gegangen, hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und will den Herd des Antimilitarismus, den Allgemeinen Arbeiterverband, vollständig vernichten. Aber dieser Vernichtungskampf kann leicht zu einer allgemeinen Einschränkung der Koalitionsfreiheit führen.

Was schlägt die Regierung vor? Nach berühmtem Akzept zweierlei: Auf der einen Seite macht sie den Gewerkschaften Zugeständnisse, um ihr auf der anderen Seite umso mehr an ihren bisherigen Rechten zu nehmen. Die einzelnen Organisationen sollen künftig die Rechte einer juristischen Person erhalten. Danach dürfen sie Vermögensgegenstände und Schenkungen annehmen, dürfen Besitz erwerben. Selbst Produktionsmittel sollen sie an ihre Mitglieder abgeben dürfen, auch Arbeitsergebnisse ohne Profit an sie verkaufen. Aber dafür — da kommt der Pferdefuß zum ersten Male zum Vorschein — haften sie auch mit ihrem Vermögen. Wöfen sie sich auf, fällt das Vermögen dem Staate anheim. Eine Auflösung der Organisation kann aber von den Gerichten ausgesprochen werden, wenn sich die Organisationen nicht streng — ein sehr dehnbarer Begriff — auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränken und sich nicht ausschließlich mit sachlichen Interessen beschäftigen. Freilich können diese Uebertreibungen auch durch Geldstrafen gehandelt werden, die in dem Geheltnis überhaup eine große Rolle spielen, insbesondere in den Fällen solcher Mitteilungen über die Leitung der Gewerkschaft, der Neukonstituierung einer aufgelösten Gewerkschaft usw. Daneben sind Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre vorgebehen. Also genug Sandhaken, um die Gewerkschaften müde zu machen!

Von erzieherischen Einflüssen dagegen kann die vom Gelebe vorgegebene Einführung des Verhältniswahlrechts für den Gewerkschaftsfortschritt sein. Heute hat jeder, selbst der kleinste Verband das Recht, einen Vertreter zu diesem Kongress zu delegieren. Der Radikalismus kam dadurch oben auf und brachte die gewerkschaftliche Bewegung auf Zerwege. Das gerechtere Verhältniswahlrecht wird die „revisionistischen“ Richtungen wieder mehr zur Geltung kommen lassen. Und das ist gut so; denn dann wird sich ganz allmählich in weiteren Arbeiterkreisen, die sich heute noch zu den Syndikalisten rechnen, die Einsicht Bahn brechen, daß man mit einem, wenn auch langsamen Aufbauen weiter kommt als mit blindem Zerören. Ein planmäßiges Aufbauen auf den vorhandenen sozialen Verhältnissen rechnet nicht mit der fernen Zukunft, sondern mit der Gegenwart, rechnet nicht mit anarchischen Mitteln, die geeignet sind, die Erstzinstmöglichkeiten der Arbeiter selbst einzuschränken, sondern mit allgemein-kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen. Das ist fruchtbringende Praxis, keine leere Theorie.

Was bedeutet das auf die französischen Verhältnisse angewendet? Durch den neuen Geheltniswurf giebt die Regierung nur Del ins Feuer der Regierung. So radikal wie die Syndikate sind, wird es einen unaufhörlichen Kampf zwischen ihnen und der Regierung oder den Gerichten geben, einen Kampf, in dem die Regierung trotz der draconischen Strafen auf die Dauer kaum Sieger bleiben wird. Und wir erleben vielleicht in nicht allzu langer Zeit, daß das in der ersten Erregung geschaffene Gelebe von der Kammer wieder aufgehoben und so den Syndikalisten ihr Sieg noch besonders attestiert wird. Ein Vorgang, der in der französischen Parlements-geschichte keineswegs zum ersten Male zu vergleichen wäre. Beschränkt sich aber die Kammermehrheit, klüger als die Regierung, nur auf die notwendigen Reformen, so vor allem auf die Einführung des Verhältniswahlrechts für den Gewerkschaftsfortschritt, und läßt die Gewerkschaftsbewegung, ohne den schweren Eingriff in die Koalitionsfreiheit, sich weiter aus sich selbst heraus entwickeln, dann werden die gewerkschaftlichen Organisationen auch in Frankreich wieder in gesündere

Bännen kommen und einen positiven Faktor im Wirtschaftsleben bilden. Das ist keine Prognose, die uns bloße Bineingestellt ist. Zahlreiche indifferente Arbeiter fangen bereits an, die Methode des Arbeiterverbandes ernstlich auf ihren wahren Wert zu prüfen. Nur die Intellektuellen, die an der Spitze des Verbandes stehen, predigen noch unentwegt die Selbstschicksalhaftigkeit von der "direkten Aktion" und dem Antimilitarismus. Wird die Regierung die zu Mächtigern machen wollen?

Erich Tombrowski, Gera.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. Juli 1913.

Neues und reichhaltiges Agitationsmaterial liefern der Tätigkeitsbericht zum Verbandstage und die Vorträge, die dort gehalten worden sind. Der Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1910 bis 1913, erstattet vom Verbandsvorsitzenden, Kollegen Goldschmidt, der Vortrag des Kollegen Gleichauf über "Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie" und der des Kollegen M. Schumacher über "Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung" sind jetzt sämtlich in Broschürenform erschienen und vom Verbandsbureau zu beziehen. Der Preis für jedes Heft beträgt 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 20 Exemplare 1,50 Mark und 50 Exemplare 3,75 Mark. Dabei ist das Porto mit eingerechnet. Bei Bestellungen, die zu richten sind an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, ist gleich der Betrag im voraus mit einzujenden.

Da es sich bei den Schritten um aktuelle Fragen handelt, die in der nächsten Zeit nicht aus der öffentlichen Diskussion verdrängt werden, muß damit gerechnet werden, daß aus allen Ortsvereinen zahlreiche Bestellungen eingehen. Wir erlauben deshalb dringend, damit nicht allzulange zu zögern, da sonst leicht die Auflage bezgriffen sein kann.

Ferien am Reichsversicherungsamt. Wie alljährlich beginnen am 15. Juli die Ferien des Reichsversicherungsamtes, die bis zum 15. September dauern. Während dieser Zeit scharf die höchste Instanz in Arbeiterversicherungsangelegenheiten ihre Spruchstätigkeit erheblich ein. Zur Erleichterung können nur besonders eilbedürftige Sachen für welche wöchentlich mehrere Sitzungen anberaumt werden. Auf die Fristen zur Einlegung des Rekurses oder der Revision hat dies jedoch nicht den geringsten Einfluß. Auch während der Ferienzeit müssen die Rechtsmittel binnen einem Monat, vom Tage der Zustellung des Urteils des Schiedsgerichts bezw. Oberversicherungsamts an gerechnet, beim Reichsversicherungsamt eingeleitet sein.

Ein internationaler Kongreß für Gewerbetrankeheiten soll im nächsten Jahre in Wien stattfinden. Die erste Veranstaltung dieser Art, einberufen von italienischen Gelehrten, hat 1906 in Mailand getagt. Der zweite internationale Kongreß fand 1910 in Brüssel statt, wo eine große Anzahl von Fachmännern und Gelehrten, von Gewerbeingenieuren und Klinikern, Gewerbeaufsichtsbeamten und Ärzten sich eingefunden hatten. Der Arbeitsausschuß für den Wiener Kongreß hat folgende Tagesordnung entworfen: 1. Ermüdung (in Hinblick auf die gewerbliche Arbeit). Wirkung der Berufsarbeit auf das Nervensystem. Nacharbeit. 2. Arbeit in feuchter und heißer Luft. 3. Mißbrand. 4. Pneumotomie (durch Staubeinatmung entstandene Lungenkrankheiten). 5. Schädigungen durch Gefährlichkeit in gewerblichen Betrieben. 6. Gewerbliche Gifte, besonders Arsen, Quecksilber, Blei. 7. Schädigungen des Gehörs durch den gewerblichen Betrieb.

Im Rahmen des Kongresses ist die Veranstaltung einer Ausstellung geplant. Die Einkünfte dieses Kongresses erwerben sich ein hohes Verdienst um die Menschheit und insbesondere die Arbeiterschaft, wenn sie immer tiefer in das Weizen der Gewerbetrankeheiten einzudringen sich bemühen. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Bemühungen auf wissenschaftlichem Gebiete auch den Erfolg haben, daß die soziale Gesetzgebung den von jener Seite gemachten Vorschlägen auf Anerkennung der Gewerbetrankeheiten als Betriebsunfälle Rechnung trägt.

Arbeiterbewegung. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Seeschiffswerten und der Arbeiter in Hamburg sind noch nicht zum Abschluß gelangt, sondern nehmen ihren Fortgang. Ueber das Ergebnis derselben läßt sich zur Zeit noch nichts Positives mitteilen. — Auf den "Palminwerken" in Wilhelmshurg bei Hamburg haben die Arbeiter Forderungen eingereicht. Die Betriebsleitung antwortete darauf mit dem Entwurf eines Tarifes, der nur ganz geringes Entgegenkommen zeigt. Die Folge ist, daß die Arbeiter in den Streik getreten sind. — Zu schweren Ausschreitungen ist es in Mülheim i. Gl. gekommen. Dasselbst werden im Auftrage der Eisenbahnverwaltung von einer Berliner Firma umfangreiche Erdarbeiten ausgeführt. Die Firma weigert sich, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, und die Eisenbahnverwaltung hat es abgelehnt, die Firma zur tarifmäßigen Entlohnung der Arbeiter anzuhalten. Aufgegeben sind die Arbeiter in den Streik getreten. Als dann ausländische Arbeitswillige herangezogen wurden, kam es zu überaus schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei, in deren Verlauf von beiden Seiten Schüsse abgegeben wurden. Mehrere Arbeiter sind an den Folgen der Verletzungen gestorben, auch einige Polizeibeamte sind schwer verletzt. — In Königsberg i. Pr. sind die Stellmacher in den Streik getreten, weil die Annung es ablehnt, ihnen die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und die Festsetzung von Mindestlöhnen zuzugestehen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in süd-afrikanischen Goldarubengebiete ist doch nicht so ruhig erfolgt, wie ursprünglich angenommen werden durfte. Namentlich die schwarzen Arbeiter weigerten sich, die Reichsfinanz wieder aufzunehmen. Schließlich aber sind auch sie zur Arbeit zurückgekehrt. — Der Streik in der Textilindustrie von Lodz nimmt immer größeren Umfang an. — Wenn nicht alles täuscht, kommt es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem gewaltigen Verkehrsstreik. Es bestehen auf den östlichen Bahnen schon seit längerer Zeit Differenzen, die auch auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz zwischen Bahngesellschaften und Angestellten nicht beigelegt werden konnten. Die Angestellten wollen offenbar ihre Forderungen mit Entschiedenheit durchsetzen, denn bei einer Urabstimmung haben sich beinahe 77 000 Bahnschaffner und andere Angestellte, das sind etwa 94 Prozent der Gesamtheit, für den Ausitand erklärt. Die endgültige Entscheidung wird in diesen Tagen fallen.

Massenstreik und Generalstreik sind die Schlagworte, über die zur Zeit in der sozialdemokratischen Presse heftige Auseinandersetzungen stattfinden, während die Gewerkschaftspresse so gut wie gar nichts darüber verlauten läßt. Man ist sich über die Begriffe offenbar noch nicht klar. Das zeigte u. a. auch der Verlauf einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin, in welcher der Reichstagsabg. Zubeil erklärte, daß die Frage, ob Massenstreik oder Generalstreik, ein Streit um Worte sei. In der Diskussion dagegen wurde ihm erwidert, daß es wohl einen Unterschied zwischen Massenstreik und Generalstreik gebe, daß es sich dabei nicht nur um ein bloßes Literatengespinn handelt.

Wir würden uns um die ganze Angelegenheit gar nicht kümmern, da wir mit dem alten Auer der Meinung sind, daß nicht nur der Massenstreik, sondern auch der Generalstreik Generalunruhen sind. Nur auf den Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften möchten wir hinweisen. In jener Berliner Versammlung waren zahlreiche hervorragende Gewerkschaftsführer anwesend. Keiner aber von ihnen hat, wie sowohl der Referent als auch die Diskussionsredner mit dem Ausdruck des Bedauerns hervorhoben, in der Debatte das Wort genommen. Zubeil meinte, sie wollten wohl erst abwarten, bis das "Correspondenzblatt" geäußert hat: "dann werden auf der ganzen Linie die Gewerkschaftsführer den Mund aufhaken". Schmeichelhaft sind diese Bemerkungen für die Herren nicht, denn es liegt darin der Vorwurf eines Mangels an Mut, ihre eigene Meinung auszusprechen. Verständlich aber ist die Haltung der Gewerkschaftsführer. Den Massenkampfstandpunkt hat man längst aufgegeben; man ist bemüht, praktische Gegenwartsarbeit zu leisten. Damit aber verträgt sich weder Massenstreik noch Generalstreik. Geht man darf man sein, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften aus diesem inneren Konflikt sich herausfinden werden.

Ueber die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 werden in der oben erwähnten Nr. 14 ihres "Zentralblatt" ausführliche Angaben gemacht, die erkennen lassen, daß das abgelaufene Jahr jener Gewerkschaftsrichtung nicht günstig gewesen ist. "Es war eine Stagnation zu beobachten", so heißt es in dem Bericht. Das zeigen in der Tat deutlich die Mitgliederzahlen. Ueber die Deutschen Gewerkschaften hat man sich, und nicht zum wenigsten in den Fachorganen der christlichen Gewerkschaften, lustig gemacht, daß sie von Ende 1911 bis Ende 1912 ihre Mitgliederzahl nur um etwa 1500 vermehrt haben. Das "Zentralblatt" muß jetzt berichten, daß von Ende 1911 bis Ende 1912 nur eine Mitgliederzunahme um 356 in den christlichen Gewerkschaften stattgefunden hat. Eine ganze Reihe von Verbänden hat an Mitgliedern verloren. Den stärksten Rückgang weist wohl der christliche Bergarbeiterverband auf, der infolge des Streiks im Ruhrgebiet etwa 6000 Mitglieder eingebüßt hat. Die Verluste in den anderen christlichen Verbänden werden in der Hauptfache auf erfolgte Vertrags erhöhungen zurückgeführt. Jedenfalls ist das Ergebnis ein recht unangünstiges, und die christlichen Gewerkschaften haben ebenso wenig wie ihre Genossinnen in der Welt. Arb.-Sta." irgend welche Ursache, sich über die Mitgliederbewegung in den Deutschen Gewerkschaften aufzuhalten.

Auch der durch die päpstliche Enzyklika entsefelte Gewerkschaftsstreit ist nicht ohne Einfluß gewesen. Neudrings gingen durch die Presse Notizen, daß eine neue päpstliche Enzyklika, die sich auf den Streik bezieht, geplant sei. Auch wir haben darüber kurz berichtet. Das "Zentralblatt" bemerkt dazu:

"Die christlichen Gewerkschaften haben sich an diesen neueren Erörterungen nicht beteiligt, einmal, weil sie ihnen überhaupt kein Gewicht beilegen, dann aber auch, weil die Frage des Streiks keinesfalls speziell oder nur die christlichen Gewerkschaften in Deutschland betrifft. Der Streit ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Die katholischen Arbeiter in England und Amerika, die den dortigen allgemeinen Trade Unions angeschlossen sind, haben sich schon seit vielen Jahren an Streiks beteiligt, also viel früher, als es in Deutschland besondere christliche Gewerkschaften gab. Und auch in Deutschland sind es nicht etwa bloß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche den Streit unter den heutigen Verhältnissen für unentbehrlich halten, sondern auch Tausende von katholischen Arbeitern in anderen Organisationen. Das Aussehen von Seiten der Arbeitgeberverbände zum mindesten nicht günstig zu beurteilen sind als der Streit der Arbeiter, dürfte ebenfalls ohne weiteres klar sein, wie es auch jedem Gewerkschaftler genügend bekannt ist, daß selbst Arbeitgeber im Streit ein unter Umständen unentbehrliches Mittel zur Durchsetzung der Tarifgemeinschaft erblicken. Das alles sagt uns, daß wir es hier nicht mit einer Frage zu tun haben, die speziell und lediglich die christlichen Gewerkschaften angeht."

Das Klingt sehr selbstbewußt, und es läßt sich im Grunde genommen auch nichts dagegen sagen. Ob aber, wenn wirklich eine neue päpstliche Enzyklika kommen sollte, dies so spurlos an den christlichen Gewerkschaften vorübergehen würde, will uns denn doch zweifelhaft erscheinen. Wo das kirchliche Moment, wie in den christlichen Gewerkschaften, so sehr in den Vordergrund gestellt wird, da werden auch die Mitglieder durch Rundgebungen der höchsten kirchlichen Autorität stärker beeinflusst als in solchen Organisationen, die auf rein neutralem Boden stehen, wie es beispielsweise in den Deutschen Gewerkschaften der Fall ist.

Die Lohnpändungsfrage. Das Lohnbeschlagsantragsgesetz gestattet bekanntlich nur, daß der 1500 Mk. übersteigende Betrag des Jahreseinkommens gepfändet werden kann. Günstig nun werden Scheinverträge abgeschlossen, wonach jemand seinen 1500 Mk. übersteigenden Jahresverdienst einem andern verpfändet. Das Reichsgericht hat Verträge, die darauf abzielen, den Gläubigern die Inanspruchnahme des pfändbaren Gehalts zu entziehen, wiederholt anerkannt. Dazu hat der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, C. B., Stellung genommen, indem er schreibt: "Gewiß ist die Sicherstellung der Familie die vornehmste Aufgabe des Schuldners; andererseits kann nicht bestritten werden, daß es unabwiesbare Pflicht und Schuldigkeit jedes Ehrenmanns ist, seinen Verpflichtungen Dritten gegenüber nach Möglichkeit nachzukommen. Die jegliche Grenze von 1500 Mk. wird aber den berechtigten Interessen beider Seiten keinwegs gerecht und verführt direkt zu Umgehungen. Es wäre daher zu erwägen, ob es nicht richtiger wäre, die Unpfändbarkeitsgrenze bei den höheren Einkommen abzurufen und dann von den darüber liegenden

Teilen des Einkommens, je nach den sozialen Lebens- und Familienverhältnissen, besonders ob jemand verheiratet ist oder nicht, bestimmte Prozentätze für pfändbar zu erklären, so daß ähnlich wie bei einer reichgestalteten Einkommensteuer die tatsächliche Leistungsfähigkeit zum Maßstab genommen werden würde."

Der Vorschlag mag ganz gut gemeint sein, muß aber entschieden abgelehnt werden. Erstens würden bei so spezialisierten gesetzlichen Bestimmungen über die Pfändungsgrenze neue Schwierigkeiten erwachsen. Dann aber würden gerade die am schlechtesten entlohten Arbeiter am stärksten betroffen. Bei den Leuten mit höherem Einkommen würde man sagen, daß ihre ganze soziale Stellung einen höheren Bedarf verurteilt, daß bei ihnen also erst bei 2500 oder gar 3000 Mark die Pfändungsgrenze beginnt, während man bei dem Arbeiter von 1500 Mark an während darf. Getreu, auch wir sind der Meinung, daß jemand seinen Verpflichtungen unbedingt nachkommen muß. Hat jemand Schulden gemacht, so hat er sie auch zu bezahlen. Trotzdem halten wir es für eine Härte, daß die Pfändungsgrenze bei 1500 Mk. liegt und treten entschieden dafür ein, daß dieselbe der Verteuerung der Lebenshaltung entsprechend wesentlich erhöht wird.

Gewervereins-Zeil

Bayern. Das 30-jährige Bestehen des hiesigen Ortsverbandes war der Anlaß zu einer Reihe von Veranstaltungen, die die Gewervereinsbewegung hier am Orte sicherlich vorwärts bringen werden. Leider ist es nicht möglich, einen eingehenden Bericht über jene Festlichkeiten in „Gewervereins“ zu veröffentlichen, von denen namentlich auch die Fahnenweihe unserer Jugend-Abteilung bei allen Anwesenden einen starken Eindruck hinterlassen haben wird. So müssen wir uns denn darauf beschränken, kurz die Rede des Verbandssekretärs, Kollegen Reuß in Berlin, mitzuteilen, die er in der Agitationsveranstaltung am Sonntag, den 8. Juli, gehalten hat. Der Redner erinnerte einleitend daran, daß das Jahr 1888 ein Jubiläumsjahr ist. Wir feiern die Erinnerung an jene Zeit, in der vor hundert Jahren Preußen das Reich der französischen Fremdherrschaft abgeschüttelt hat. Wir haben als nationale Organisation auch das 25-jährige Regierungsjubiläum des Kaisers deshalb mitgefeiert, weil die Regierungsjahre Kaiser Wilhelm II. eine Friedenszeit war, in der Deutschland wirtschaftlich stark geworden ist. Wir erkennen auch trotz aller Mängel unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik das Streben des Kaisers an, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben. Für die Bayern-Kollegen aber feiern wir ein Jubiläum wegen des 30-jährigen Bestehens des Ortsverbandes. Der Gewervereinsgedanke war in Bayern schon früher lebendig. Schon vor 1888 hat es Ortsvereine hier selbst gegeben; der Zusammenschluß zu einem Ortsverbande ist aber erst später erfolgt, zum Segen der Arbeiterbewegung im Sinne der Deutschen Gewervereine. Redner ging dann auf den letzten Verbandstag ein, der deutlich gezeigt hat, daß die Deutschen Gewervereine keine Veranlassung haben, trotz ihrer geringen Zahl gegenüber anderen Organisationsrichtungen, müßlos zu sein. Unsere Organisation hat auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung

bahnbrechend und vorbildlich gewirkt. Der Weg, den der unerschrockene Anwalt und Gründer der Deutschen Gewervereine, Dr. Max Pfeil, gezeigt hat, hat sich als der richtige erwiesen. Die Gewervereine sind eingetreten für Schaffung von Gewergerichten, für den Abschluß von Tarifverträgen; dabei haben sie ein musterträgliches Unternehmungsweesen eingeführt und ausgebaut. Auf allen diesen und anderen Gebieten sind ihnen diejenigen nachgefolgt, von denen sie ursprünglich deswegen bekräftigt wurden.

Deutschland hat in wirtschaftlicher Beziehung einen gewaltigen Aufschwung genommen. Auch an Arbeiterstände ist das nicht spurlos vorübergegangen. In vieler Beziehung sind die Verhältnisse günstiger geworden; und ebenso vieles muß noch weiter gehoben werden. Man sehe nur hinein in das Familienleben. Fast in allen Industrien sind Frauen beschäftigt. Der Grundlag: Die Frau gehört ins Haus, wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen. Dabei ist es zweifellos, daß ein Land, dessen Frauen nicht in erster Linie ihre Gatten- und Mutterpflichten erfüllen können, keine gute Zukunft haben kann. Begünstigt worden sind diese traurigen Zustände durch die verkehrte Wirtschaftspolitik, die eine Verteuerung der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände herbeigeführt und die Frauen in das Erwerbsleben gedrängt hat. Deshalb muß allen Belegen entgegengetreten werden, die dazu angetan sind, dem Arbeiter die Lebenshaltung zu erschweren, die die Lasten des Staates auf die schwachen Schultern legen und die Reichen schonen. In diesem Kampfe haben die Gewervereine stets an erster Stelle gestanden, und sie werden es auch in Zukunft tun. Wenn sie Erfolg haben sollen, muß aber ein jeder zu ihrer Stärkung beitragen, und gerade in der gegenwärtigen Zeit muß sich jeder das Gelübde ablegen, treu zur Sache zu halten, vereint mit den andern nach dem Ziele zu streben, das sich die Gewervereine gestellt haben zum Wohle der Arbeiterschaft und des Vaterlandes.

Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Auch an dieser Stelle sei ihm ebenso hierfür wie für seine sonstige Tätigkeit der beste Dank des Ortsverbandes ausgesprochen.

Quedlinburg. Unsere Ortsverbandsversammlung fand am 6. Juli in Thale statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Becker-Wagdeburg, über „Gewervereine und Volksfürsorge“, außerdem ein Referat über die Errichtung eines Arbeitersekretariats für den Bezirk Halberstadt, Ufersleben, Quedlinburg und Umgegend. Beide Gegenstände riefen eine außerordentlich rege Diskussion hervor. Was die Volksversicherung anbetrifft, so wurde gewünscht, nochmals in außerordentlichen Versammlungen für Aufklärung der Mitglieder zu sorgen, möglichst durch ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses. Bezüglich des Arbeitersekretariats wurde der Ortsverbandsvorstand beauftragt, sich mit Halberstadt in Verbindung zu setzen. Da das Sekretariat eine Notwendigkeit für den Bezirk ist, so gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Verhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten machte Kollege Schmeier noch auf den Bundesratsbeschluss betreffend die Tagelöhner für Schiffe und Gewerereine aufmerksam. Die Gewerereine hätten jetzt die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder zu diesen Gewerereinen ausgetauscht werden. Mit einem Appell an die Anwesenden zu weiterer eifriger Arbeit wurde die Versammlung nach 3 1/2 stündiger Dauer geschlossen.

Fr. Siebentopf, Schriftführer.

Verbands-Zeil

Seramlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewervereine (G.-V.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Gewerereins-Liedertafel (G.-L.)** 3-ten Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Deutscher Gewerereine (Grüner Saal)** Gäste willkommen. **Bildhauser.** Berlin, Montag, 14. Juli, abends 9 Uhr Generalversammlung im Ref. Preuß. Dresdenerstraße 10.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Burghof-Gesellschaftshaus, Bremen, Reffenstraße. **Cottbus (Distriktsrat).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstraße 49. **Dresden.** Gewerereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Koggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungsstr.-Ecke. **Frankfurt a. M. (Gewerereins-Liedertafel).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Frankfurt a. M. (Gewerereins-Liedertafel).** Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Distriktsrat im Hotel von G. Simon, Alter Markt. **Hannover b. Kassel.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Bühnen“, Lagerstraße 2. **Hamburg (Gewerereins-Liedertafel).** Jeden Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr, im Hotel von G. Simon, Alter Markt. **Herrn b. Kassel.** Jeden 1. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Kiel.** Jeden 1. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Köln (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Leipzig (Gewerereins-Liedertafel).** Die Liedertafel findet jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **München (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Stettin (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Thüringen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses. **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshauses.

Anzeigen-Zeil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Vereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins u. Umgegend.

Sonnabend, den 19. Juli 1918:

Großes Sommervergügen

im Amerikanischen Vergnügungspark „Rene Welt“, Hasenheide 108-114.

Großes Konzert. Erstklassige Spezialitäten-Vorstellung. Großes Brillant-Konzert. Volks- und Kinderbelustigungen aller Art.

Im großen Saal: Sommerfestball.

Von 2 Uhr ab: Familien-Kaffeezeiten.

Eröffnung 1 Uhr, Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Eintritt 30 Pfg. Kinder frei. Billets sind bei allen Ortsvereins-Kassieren, sowie bei dem Unterzeichneten zu haben.

Um zahlreichem Besuch bittet

Der Vorstand.
J. M. C. Biel et. Kassierer.
O. 84, Bornsdorferstr. 59.

Wien (Ortsverband). Durchreisende Gewerereinskollegen erhalten eine Unterführung von 75 Pfg. beim Kollegen Albin Müller, Chemnitzstr. 15. Karten sind zu entnehmen beim Kollegen Oswald Dehmig, Bangerberg 5, mittags 12-1, abends 6-8 Uhr.

Mitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollege erhalten ein Verbandsgehalt von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertretbar, beim Ortsverbandskassierer O. Eppendorf, Reuß-Str. 10.

Primmensan (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Vergütung. Markensandstraße 10.

Senftenberg und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerereinskollegen aller Berufs erhalten ein Ortsverbandsgehalt von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Otto Kuhne, in Jütendorf bei Senftenberg. Herberge zum Lebernachten im Restaurant zum „Waldhof“ in Senftenberg.

Kachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Walbersteinweg 71.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Wagner, Reichenbacherstr. 17, Hinterhaus 1 Trepp.

Reusfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterführung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Otto Wendt, Luisenstraße 15.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterführung von 60 Pfg. gewährt. Kartenausgabe bei E. Traugott, Badstraße 2.

Rowaves. Ortsverbandsgehalt für durchreisende Kollegen bei G. Peater, Friedr. Kirchplatz 18.

Essen (Ruhr). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendrot, Nachtlois und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden nicht mehr auf dem Gewerereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgestellt.

Für jeden

strebjamen Gewerereiner

sind folgende sechs erschieneene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandsstage gehaltenen Vorträge, für die Bearbeitung unentgeltlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;

Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von W. Feldhauer; **Arbeitslosenversicherung** und **Arbeitsnachweis**, von Schumacher.

Sprottan-Salen (Ortsverb.). Durchreisende Gewerereiner erhalten eine Unterführung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen P. Schiener in Sprottan, Bogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Hin a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerereinskollegen erhalten 1 Mark Unterführung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauenstraße 17.

Hamburg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Barockstr. 15. Telefon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Reisegebel und Arbeitsvermittlung.

Das Bild kostet 10 Pfg.; 10 Bild 80 Pfg.; 20 Bild 1,50 Mk. und 50 Bild 2,75 Mk. bei postfreier Zustellung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 68, Greifswalderstr. 221/222, zu richten.